



Presseinformation

Nr. 331 / 2014

Kiel, Montag, 21. Juli 2014

Verkehr / Maut

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Das Problem bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur ist die falsche Prioritätensetzung von Union und SPD

Zum Spiegel-Bericht über eine mögliche Bundesratsinitiative der Landesregierung zur ‚Albig-Maut‘ und Forderungen nach Ausnahmen in Grenzregionen erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es liegt nicht an zu wenigen oder zu niedrigen Steuern und Abgaben, dass unsere Verkehrsinfrastruktur chronisch unterfinanziert ist, sondern am verkehrs- und finanzpolitischen Versagen der Bundes- und Landesregierung. Es wäre besser, wenn alle Beteiligten ihre sommerliche Energie nutzen würden, um endlich darüber zu diskutieren, wie man mit den gewaltigen Einnahmen aus Steuern und Abgaben, die bereits im Verkehrsbereich erhoben werden, die Verkehrsinfrastruktur nachhaltig finanzieren könnte. Diese Einnahmen übersteigen die Investitionen Jahr für Jahr um ein Vielfaches. Es ist genug Geld vorhanden, es scheitert nur leider an der falschen Prioritätensetzung von Union und SPD.

Bei der Diskussion über die zukünftige Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur scheint derzeit bei Union und SPD das Motto ‚Jeder blamiert sich so gut wie er kann‘ zu gelten. Der Ministerpräsident wäre gut beraten, wenn er sich mit seiner unsinnigen Maut-Idee nicht noch einmal bundesweit zum Gespött machen würde. Er konnte mit seiner Initiative noch nicht einmal seine Fraktionskollegen und seinen eigenen Verkehrsminister überzeugen. Da würde es an Realitätsverweigerung grenzen, wenn er damit nun in den Bundesrat gehen würde. Das unsinnige Maut-Modell von Albig kann keine Alternative zum unsinnigen Maut-Modell von Seehofer und Dobrindt sein.

Die schwarz-rote ‚PKW-Maut für Ausländer‘ ist nicht nur verkehrspolitisch untauglich und europarechtlich bedenklich, sie ist vor allem ein verheerendes europapolitisches Signal. Nachdem die Grenzkontrollen abgeschafft wurden, soll es nun Mautkontrollen geben. Es ist unglaublich, wie die regierenden Volksparteien hier allen Ernstes AfD spielen wollen. Die Folge wäre, dass unsere europäischen Nachbarn nachziehen würden und die deutschen Fahrzeughalter am Ende indirekt doch stärker als bisher belastet würden. Dieser drohende Rückfall in die Kleinstaaterei muss verhindert werden. Eine selbsterklärte ‚nordeuropäische Landesregierung‘ sollte diese Pläne nicht mit klammheimlicher Hoffnung auf zusätzliche Einnahmen für den Landeshaushalt tolerieren, sondern sich dagegen stellen und mit mehr Mitteln für das Landesstraßennetz mit gutem Beispiel vorangehen.

Dass nun ausgerechnet Teile der Union Ausnahmen in Grenzregionen fordern, grenzt wirklich an Realsatire. Wir brauchen keine neuen Maut-Grenzen zu unseren europäischen Nachbarn und Maut-Grenzen innerhalb Deutschlands erst recht nicht. Die Bundeskanzlerin hatte den Bürgern im TV-Duell vor der Bundestagswahl zugesagt, dass es mit ihr keine PKW-Maut geben werde. Es wäre schön, wenn sich die Kanzlerin im Sommerurlaub an ihr Versprechen erinnern und diese schädlichen Diskussionen endlich abräumen würde.“